

stimmender Faktor sein und Stück um Stück aus der Verfassung herausprengen. Sicher ist nichts mehr, wenn nicht einmal die Verfassungsmacher selber Achtung vor ihrem Werke haben und es verleugnen. Insbesondere die Wertleute des neuen Staates, die Beamten, sehen nun ihre verbrieften Rechte verhöhnt. Was man ihnen bietet, das sind schöne Worte, sonst nichts. Es ist begreiflich, daß in einer Interpellation der Parteien der Rechten diese Besorgnisse heute zu lebhaftem Ausdruck kommen.

Die Antwort, die der sozialdemokratische Innenminister David erteilt, ist so fahrig wie die nervöse Anpreisung eines zahlungsunfähigen Geschäfts, für das der Chef nach dummen Teilhabern sucht. Er spricht von den glänzenden Aussichten, die die Beamten in dem freien Volksstaat hätten. Herrlichen Zeiten gingen sie entgegen. Sie seien nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Gesetzgebung. Sie dürften im Parlament frei und ungehindert opponieren. Sonderbar, höchst sonderbar. Als früher die agrarischen „Kanalkrebelln“ gerade wegen Opponierens ihrer Ämter entsetzt wurden, da jubelte die gesamte Linke. Sie ist also doch wohl nicht grundsätzlich für die Freiheit der Opposition. Nicht einmal innerhalb der eigenen Partei. „Wer sich nicht fügt, der fliegt!“ heißt es bei den Sozialdemokraten. In der Staatsverwaltung haben sie es doch auch jetzt überall so gemacht und erprobte Beamte bisweilen sogar durch übelbeleumdete Subjekte ersetzt, die nur den einen Vorzug hatten, aus den Reihen der eigenen Partei zu stammen. Auch sind unter dem neuen System sämtliche obersten Stellungen dem Beamtentum genommen worden. Schon der Unterstaatssekretär, der Minister erst recht, kommt aus der Partei, und der Beamte, der jahrzehntelang umsonst gelernt und studiert und gedient hat, darf ihn gehorsamst umschwänzeln. In der Hauptsache haben die Interpellanten gefragt, wie es mit der Sicherung des materiellen